

KATRIN MÖLLER, Sprecherin für Kinder-, Jugend- und Familienpolitik sowie Verbraucherschutz
PETRA SCHRADER, Referentin für Kinder-, Jugend- und Familienpolitik sowie Sportpolitik

KINDERARMUT VERMEIDEN UND WIRKSAM BEKÄMPFEN

BESCHLUSS

Jede/jeder dritte Minderjährige in Berlin ist abhängig von staatlichen Transferleistungen. Das sind mehr als 170.000. Weitere 80.000 Kinder leben in Haushalten, in denen das elterliche Einkommen nicht ausreicht und die »aufstocken« müssen. Besonders betroffen sind Alleinerziehende. Dazu kommt eine große Anzahl von Familien in sogenannten Armutsgefährdungslagen, die trotz ihrer prekären Einkommenssituation kein Anrecht auf Unterstützungsleistungen haben. Armut ist inzwischen oftmals generationsübergreifend und umfasst alle Lebensbereiche. Bildungsarmut, prekäre Wohnverhältnisse, Energiearmut, frühzeitige gesundheitliche Beeinträchtigungen treffen Kinder und Jugendliche mit besonderer Wucht, schließen sie von gesellschaftlicher Teilhabe aus und münden in einen verhängnisvollen Kreislauf, aus dem es schwer ist, sich zu befreien. SPD, LINKE und Bündnis 90/Die Grünen räumen der Bekämpfung der Kinderarmut im Koalitionsvertrag deshalb höchste Priorität ein.

1. Kinderarmut muss verhindert werden, ehe sie entsteht. Die Fraktion DIE LINKE wird jede Maßnahme, die wir in der Koalition auf den Weg bringen, danach beurteilen, inwieweit sie geeignet ist, Kinderarmut zu vermeiden und zu bekämpfen. Mit einem Jugend- und einem Familienförderungsgesetz werden wir den rechtlichen Rahmen dafür schaffen und die Finanzierung qualitativer und quantitativer Standards dem Bedarf der wachsenden Stadt anpassen. Investitionen in Kinder und Jugendliche sind Investitionen in die Zukunft.

2. Kinderarmut und ihre Folgen zu bekämpfen, ist eine gemeinsame Aufgabe von Staat und Gesellschaft. Der Senat hat in seinem 100-Tage-Programm die Einrichtung einer ständigen Landeskommision zur Bekämpfung von Kinderarmut beschlossen und wird dafür eine Stabsstelle einrichten. Die Fraktion DIE LINKE setzt in diese neue Struktur hohe Erwartungen. Diese muss mit weitreichenden Kompetenzen und ausreichend Mitteln ausgestattet sein, um ein wirksames Netzwerk gegen Kinderarmut in der Stadt aufzubauen. Die Einbeziehung gesellschaftlicher Akteure und Initiativen und deren Expertise ist für die Fraktion DIE LINKE Grundvoraussetzung, um Familien, Kinder und

Jugendliche vor Ort schnell und wirksam zu erreichen. Die Landeskommission soll dafür eine Plattform bilden und dafür sorgen, dass Projekte, Maßnahmen und Mittel schnell und unbürokratisch mobilisiert und realisiert werden. Land und Bezirke müssen dafür eng und abgestimmt zusammenarbeiten.

3. Was für arme Familien gut ist, ist für alle Familien gut. Maßnahmen gegen Kinderarmut dürfen nicht stigmatisieren und Kinder und Jugendliche von der Gemeinschaft der Gleichaltrigen ausschließen. Die Fraktion DIE LINKE setzt auf einen Mix, der einerseits die Kinder erreicht, die es besonders schwer haben und für die der Nachweis der Benachteiligung vorerst weiter nötig sein wird. Im Sinne einer kinder- und jugendfreundlichen Stadt wollen wir andererseits alle Kinder privilegieren und fördern, wie es § 1 des SGB VIII einfordert. Schwerpunkte sind für uns z.B. der ungehinderte Zugang zu Kita und Hort oder der Besuch von Museen, die Teilhabe an Mobilität, Kultur und Sport. Es darf nicht von wenigen Euro Familieneinkommen abhängen, ob und in welchem Umfang Vergünstigungen gewährt werden oder nicht. Kind-Sein muss unabhängig vom Einkommen der Eltern ein Privileg sein.

4. Im jüngsten Berliner Familienbericht weisen Eltern darauf hin, dass ihre soziale Lage nicht allein von der finanziellen Situation abhängt, sondern stark beeinflusst wird von Unterstützungsstrukturen und Teilhabemöglichkeiten vor Ort. Die Fraktion DIE LINKE nimmt diese Einschätzung ernst und setzt sich für eine wohnortnahe soziokulturelle Infrastruktur für alle Familien ein. Dazu gehören Angebote der Familienberatung, -bildung und -erholung ebenso wie Trefforte zum ständigen Austausch und der Selbstorganisation. Diese müssen planungssicher und regelfinanziert, flexibel mitwachsend, für alle leicht zugänglich und inklusiv in jeder Hinsicht, also auch für Familien, die zugewandert oder zu uns geflüchtet sind, offen sein. Die Verwaltungen der Bezirke müssen in die Lage versetzt werden, Dienstleister und Anwälte für Kinder, Jugendliche und Familien zu sein, auch durch eine bedarfsgerechte Personalausstattung, Zeit und Räume sowie interkulturelle Kompetenzen. Dafür werden wir Standards und Personalleitwerte entwickeln.

5. Bürgerbeteiligung muss Kinder und Jugendliche auf allen Ebenen einbeziehen. Der Kinderreport 2017 belegt den engen Zusammenhang zwischen sozialer Lage und Teilhabe, Mitwirkung und Mitbestimmung. Kinder und Jugendliche mit sozialer Benachteiligung sind vielfach ausgegrenzt, erleben Zurückweisung und auch Diskriminierung. Die Fraktion DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass Kinder und Jugendliche sich an allen für sie wichtigen Entscheidungen beteiligen können. Nur durch frühzeitige Erfahrung, etwas bewirken zu können, entwickeln sie Selbstvertrauen, Stärken und Kompetenzen, die sie in die Lage versetzen, für sich und andere Verantwortung zu übernehmen, ihre Rechte einzufordern und sie wahrzunehmen. Hierfür wollen wir die Grundlagen schaffen.

6. Die LINKE hat auf Bundesebene die Initiative ergriffen, ein bundesweites Netzwerk gegen Kinderarmut ins Leben zu rufen und in diesem Netzwerk politische und gesellschaftliche Kräfte zu bündeln. Wir werden dazu als Berliner Fraktion unseren Beitrag leisten. Bundesinitiativen für kindgerechte Regelsätze und eine Reform des Kinderzuschlags bis hin zur Forderung einer Kindergrundsicherung unterstützen wir. Die jüngste Reform des Unterhaltsvorschusses ist wichtig. Wir kritisieren jedoch, dass diese Leistung für die Kinder ab 12 Jahren an Bedingungen geknüpft ist. Die Fraktion DIE LINKE fordert, dass Kindergeld und Unterhaltsvorschuss nicht auf die Regelsätze angerechnet werden. Das Bildungs- und Teilhabepaket, dessen finanzielle Leistungen seit seinem Inkrafttreten nicht angepasst wurden, entfaltet nicht die suggerierte Wirkung, die verschiedenen familienfördernden Maßnahmen müssen grundsätzlich reformiert werden. Die Bekämpfung der Kinderarmut ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Bezirke, Land und Bund müssen sich ihr gemeinsam stellen.